

Kurze Notizen

Der Führer und Reichkanzler empfing im Haus Wachenfeld auf dem Oberfalzberg das Präsidium der Steuben-Gesellschaft von Amerika unter Führung ihres Präsidenten Theodor Hoffmann-New York.

Einer Einladung des Oberpräsidenten und Gauleiters Koch folgend, wird der stellvertretende Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Dr. Schacht voraussichtlich der Eröffnung der Deutschen Ostmesse in Königsberg am 18. August beiwohnen und bei der Eröffnungsfeier eine Rede halten.

Die Saarbrücker HJ. bereite ihren 40 französischen Kameraden, je 20 Söhnen und Töchtern ehemaliger Frontkämpfer, die zum Abschluß einer Deutschlandsfahrt zwei Tage das Saarland besuchten, im Rathausaal in Saarbrücken einen feierlichen Empfang.

Die Regulierungsarbeiten an der Weichsel, die seit einigen Jahren ruhten, sollen in diesem Jahr von der polnischen Regierung wiederaufgenommen werden. Es ist beabsichtigt, in erster Linie den wichtigen Abschnitt Warschau—Modlin schiffbar zu machen. Die Arbeiten werden größtenteils von Arbeitslagern aus durchgeführt.

Königin Wilhelmine von Holland und die Kronprinzessin Juliana sind in London eingetroffen und sofort nach Schottland weitergereist. Sie werden dort Erholungsaufenthalt nehmen. Ferner kam in London der Kronprinz von Dänemark mit seiner jungen Frau, Prinzessin Ingrid, an. Beide werden zwei Wochen als Gäste des Großherzogs der Prinzessin, des Herzogs von Connaught, auf dessen Wohnsitz in Surrey bleiben.

Mehrere Abordnungen des Legionär-Kongresses in Krakau begaben sich zum Gedächtnismal für den verewigten Marschall Piłsudski. Sie brachten in 10 Urnen Erde von den Schlachtfeldern der Legion als Weihgabe. An der Feier nahmen auch Ministerpräsident Sławek und Außenminister Beck teil.

Der ehemalige bulgarische Generalinspekteur der Infanterie, General Nikiforoff, der von 1911—1913 bulgarischer Kriegsminister war, ist im Alter von 77 Jahren in Sofia gestorben. Nikiforoff war von 1903 bis 1910 bulgarischer Botschafter in Berlin.

Siedlungspolitik

zur Zeit Friedrichs des Großen.

Das geschichtliche Schicksal hat Friedrich II. zum großen genialen Strategen und Feldherrn erhoben. Dabei ist aber nur zu leicht vergessen worden, was er in mühevoller friedlicher Arbeit für das Wohl seines Landes und für die Wohlfahrt seiner Untertanen geschaffen hat. Friedrich der Große sah nicht in glücklichen Kriegen, sondern in gesunden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen die Grundlagen seiner staatlichen Macht. Die Durchführung seiner inneren Kolonisationsarbeit und all der anderen Maßnahmen zur Hebung des Wohlstandes seines Landes können sich würdig neben die großen Schlachtenzüge seiner drei Kriege stellen. Als Kronprinz hatte Friedrich II. einst geschrieben: „Ländereien urbar machen beschäftigt mich mehr als Menschenmordungen, und ich fühle mich tausendmal glücklicher, eine Bürgerkrone zu verdienen als den Triumph.“

Dieser Gesinnung ist er Zeit seines Lebens treu geblieben, und immer ist es sein höchstes Ziel gewesen, die Beziehungen seines Volkes zum Boden aus sozialen, biologischen und kulturellen Gründen neu zu ordnen. Diese Aufgabe umfaßt nicht nur Anlehnung und Gehäufmachung von Menschen — also Siedlung —, sondern darüber hinaus Landeskultur im weitesten Sinne des Wortes. Aber die ausgesprochene Siedlungstätigkeit war doch das Arbeitsgebiet, dem er seine ganze Kraft und Hingabe widmete. Das Ziel seiner Siedlungsarbeit charakterisiert er in einem Brief, den er 1772 an seinen Bruder Heinrich schrieb. Darin heißt es: „Das ist es, mein lieber Bruder, worauf wir hinarbeiten müssen: die erste Sorge in meinem Staate ist, dessen Bevölkerung zu mehren nach Maßgabe der Ertragsfähigkeit seines Bodens.“

Friedrich war ein ausgezeichneter Kenner des bäuerlichen Lebens und der bäuerlichen Praxis, und die Bedeutung des Bodens als Ernährungsgrundlage des Volkes hatte er wohl erkannt. In einem Brief an Voltaire schrieb er einmal, daß der Ackerbau doch die erste der Künste sei, ohne die es keine Kausleute, Könige, Poeten und Philosophen geben würde. In den Jahren von 1747 bis 1753, noch ehe er seinen Namen mit ehernen Lettern in das Schlachtenbuch der Geschichte einschrieb, waren im Verfolg der auf seinen Befehl durchgeführten Siedlungsarbeiten in Pommern 90, im Märkischen Oberbruch 50 und an anderen Stellen außerdem noch 96 neue Dörfer entstanden. In derselben Zeit war die Bevölkerung Pommerns und der Kurmark um ein Siebenstel, die der Neumark um mehr als ein Viertel gestiegen.

Für lange Jahre mußte dann die Siedlungsarbeit gegenüber den harten Anforderungen der einzelnen Kriege zurücktreten. Kaum aber war der Friede geschlossen, als Friedrich II. mit unermüdlicher List und Kraft begann, die Wunden des Krieges zu lindern und zu heilen. Mit sicherem Blick erkannte er, daß nur dann ein Wohlstand von Dauer sein könne, wenn er auf den Kräften des Bauerntums sich aufbaue. Dieses Bewußtsein kommt deutlich in einem Brief zum Ausdruck, den er in dieser Zeit an Voltaire richtete. Folgendermaßen entwickelt er darin das Programm seines Renaufbaues: „Man muß mit dem Ackerbau anfangen, dann zum Fabrikwesen und endlich zu einem kleinen Handel fortschreiten. Sobald alles dies feste Wurzel gefaßt hat, entsteht Wohlstand, und ihm folgt der Ueberfluß, ohne welchen die Künste nicht gedeihen können. Erst muß man etwas zu leben haben, ehe man sich unterrichtet und frei denken kann.“

3 Millionen Unterstützungsgelder

zahlte die DVZ, Gau Sachsen, an ihre Mitglieder

Am die von unseren Begnern künstlich gezüchtete Unsicherheit über das vielumstrittene Gebiet des Leistungswesens der DVZ zu beseitigen, veröffentlicht, wie in anderen Gauen des Reiches auch, die Gauverwaltung Sachsen in gewissen Zeitabständen ihren Rechnungsbericht. Dieser Leistungsbericht zeigt in nackten Zahlen erneut die Bestätigung der Tatsache, daß der größte Teil der in Form von Mitgliedsbeiträgen eingegangenen Gelder durch das Unterstützungswesen und die Leistungen der DVZ den Mitgliedern unmittelbar zugute kommt. Kommen doch zu der Veröffentlichung der Zahlen, die als Unterstühtungen an die Mitglieder allein zu rechnen sind, noch die anderen gewaltigen Leistungen der DVZ auf den Gebieten der Rechtsberatung, der Volksgesundheit, des Heimstättenamtes und nicht zuletzt der gewaltigen Feierabendorganisation „Kraft durch Freude“. Mit diesen Sonderleistungen einzurechnen würde

sich das gesamte Leistungswesen der DVZ allein noch zahlenmäßig außer den unmittelbaren Leistungen an die Mitglieder um ein bedeutendes erhöhen.

Für das zweite Vierteljahr 1935 ergeben sich nach der Aufstellung der Unterstützungsabteilung der Gauverwaltung Sachsen der DVZ folgende Leistungsziffern:

Es wurden an Unterstühtungen an die Volksgenossen, die Mitglieder der DVZ sind, 2 933 377,84 R.M. gezahlt. In dieser Summe sind die Dresdner sowie Berliner Auszahlungen enthalten, die sich wie folgt staffeln: Dresdner Auszahlungen: (Kranken- und Erwerbslosen-Unterstützung) R.M. 1 292 250,70, Berliner Bewilligungen (Invaliden-, Notfall-, Heirat-, Sterbe- und sonstige Unterstühtungen sowie Opfer der Arbeit) R.M. 1 641 127,14.

Diese außerordentlich hohen Leistungen der DVZ in diesem Vierteljahr zeigen, daß unsere Organisation in der Betreuung der Mitglieder der höchste Pflicht erbt.

So nahm Friedrich II. jede Gelegenheit wahr, ein starkes und leistungsfähiges Bauerntum zu schaffen. Alle seine Maßnahmen zielten darauf ab, den vorhandenen Boden organisch zu erschließen und zu nutzen. In seinem Lande damals war eine derartig systematische und planvolle Siedlungspolitik betrieben worden. Unnachlässig achtete der König darauf, daß seine Beamten die Siedlungspläne in seinem Sinne durchführten und jede bürokratische Drückerei vermieden. Aber auch die Arbeitsweise der einzelnen Siedler wurde von ihm immer wieder kontrolliert. Wer sein Anwesen verkommen ließ und den Boden nicht in gehöriger Form ausnützte, wurde rücksichtslos von seinem Besitz entfernt.

Immer war er auch bemüht, ein möglichst freies und selbständiges Bauerntum zu schaffen. Die Leibeigenschaft ist ihm ein unwürdiger Zustand — eine barbarische Gewohnheit, wie er einmal gelagt hat — und so setzte er alles daran, die soziale Lage seines Bauerntums zu heben. Am 23. Mai 1763 schreibt er seinem engsten Mitarbeiter in der Siedlungsarbeit, Brendenhoff: „Sollen absolut und ohne das geringste Käsonieren alle Leibeigenschaft sowohl in königlichen, adligen als Stadeligentumsdörfern von Stund an gänzlich abgeschafft werden und alle diejenigen, so sich dagegen opponieren würden, so viel möglich mit Güte, in der Entstehung aber mit der Force dahin gebracht werden, daß diese von seiner Majestät so festgelegte Idee zum Nutzen der ganzen Provinz ins Werk gerichtet werde.“ Aber die Widerstände aus den Kreisen der Feudalherren waren zu groß, als daß Friedrich seine Pläne hätte durchführen können. Trotzdem hat er zur Sicherung der bäuerlichen Bevölkerung manch Wertvolles getan; gegen „eigenmächtige Bauernpläder“, wie er die Bedrücker der Bauern nannte, ging er rücksichtslos vor.

Auch auf Wucherer und Geschäftemacher war er schlecht zu sprechen, insbesondere waren ihm die Juden aus diesem Grunde zuwider. Aus dem durch den Teilungsvertrag von 1772 gewonnenen Lande ließ er erst einmal 4000 Juden vertreiben, weil er ihre Beteiligung für eine erste Bedingung zum Gedeihen des Landes hielt. Petersdorff führt in seiner Biographie über Friedrich den Großen eine Stelle an, in der es heißt, daß die Juden nach Ansicht Friedrichs des Großen „entweder bettelten oder die Bauern bestahlen“. Eine Fehlerquelle in der freiderizianischen Siedlungspolitik aber muß an dieser Stelle erwähnt werden: Die Auswahl der Siedler erfolgte nicht immer nach den Gesetzen des Blutes und der Rasse. Im ganzen gesehen aber bedeutet die Siedlungspolitik Friedrichs des Großen ein gewaltiges Werk, das zur Festigung deutschen Blutes und deutscher Lebenskraft im Osten wesentlich beigetragen hat.

Für ehrliche Verständigung

Entspannung zwischen Danzig und Polen.

Danzig, 8. August.

Im Danzig-polnischen Streitfall ist eine Entspannung eingetreten, die den Weg zu einer grundsätzlichen Vereinigung der Lage eröffnet. Eine gegenseitige Fühlungnahme zum Zwecke der Einleitung von Verhandlungen dürfte unmittelbar bevorstehen. Bei diesen Verhandlungen dürfte man beiderseits davon ausgehen, daß die im Verlauf der letzten Wochen von beiden Seiten getroffenen Maßnahmen durch eine Lösung des Gesamtproblems auf der Grundlage einer ehrlichen Verständigung ersetzt werden müssen.

Dazu gibt das Organ der NSDAP, der „Danziger Vorposten“, der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die in Aussicht genommenen unmittelbaren Verhandlungen zwischen Danzig und Polen sich nach Beseitigung der gespannten Stimmung auf einer Grundlage vollziehen, die eine Klärung der Gegensätze durchaus zuläßt. Das Blatt ist der Ansicht, daß sowohl die Danziger wie auch die Warschauer Stellen eine Liquidierung der beiderseitigen Maßnahmen für nützlich halten. Es läge im Rahmen der von der nationalsozialistischen Regierung erstrebten Danzig-polnischen Verständigung, daß vorher alle Versuche unternommen würden, um Streitfälle jeden Ausmaßes auf direktem Wege zu regeln, so daß auf Grund der bisher geübten Gepflogenheit ein Anrufen der Völkerbundsinstanzen erst nach dem Scheitern der unmittelbaren Einigungsversuche in Frage käme.

Entkonfessionalisierung

Die Mitgliedschaft in konfessionellen Verbänden.

Hannover, 8. August.

Vom Landeshauptmann der Provinz Hannover, Dr. Geyser, wurde folgende Verfügung über die Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens an die ihm unterstellten Beamten, Angestellten und Arbeiter herausgegeben: „Bei der klaren und unzweideutigen Stellungnahme des nationalsozialistischen Staates, insbesondere unseres Beamtenministers Fried, entsteht kein Zweifel, daß die politische Linie einzig und allein durch die Grundzüge der nationalsozialistischen Bewegung bestimmt wird.“

Wer daher ein rechter Diener unseres Staates sein will, muß sich und seinen Lebenskreis nach diesen Grundzügen gestalten. Ich muß daher von den mir unterstellten Beamten, Angestellten und Arbeitern verlangen, daß sie sofort ihre Mitgliedschaft in konfessionellen Beamten- und sonstigen Fachorganisationen aufgeben und daß sie ihre Kinder veranlassen, aus konfessionellen Jugendorganisationen auszutreten. Der Staat kann verlangen, daß seine berufenen Mitarbeiter dem Staate geben, was dem Staate gehört.“

Es ist nicht beabsichtigt, mit dieser Anordnung einen Gewissenszwang auf die Gehorsamkeit auszuüben. Diejenigen, die glauben, daß sie dieser Anordnung nicht entsprechen können, werden aber auf die weitere Mitarbeit am Aufbau dieses Staates verzichten müssen.“

Eine Kanzel-Erklärung

Zu den Vorfällen in Werne.

Essen, 8. August.

Im Zusammenhang mit dem neuerlichen Fall verbrecherischer Wählerarbeit des politischen Katholizismus in Werne an der Lippe veröffentlicht die „National-Zeitung“ ein Schreiben des Kaplans Graf Droste zu Vischering, der der „N.-Z.“ im Auftrage des katholischen Pfarramts Werne an der Lippe Kenntnis gibt von einer Kanzel-Erklärung der Werner Geistlichkeit, die am vergangenen Sonntag bei allen Gottesdiensten von der Kanzel verlesen worden ist. In dieser Erklärung heißt es:

„In der Nacht zum Donnerstag sind hier in der Stadt Spottgedichte auf den Bischof und die Ordensschwester verteilt worden. Die polizeiliche Untersuchung hat einwandfrei festgestellt, daß die Täter Mitglieder der deutschen Kolpingfamilie sind. Wer die Verfasser der Gedichte sind, ist bisher noch nicht ermittelt worden. Die Werner Pfarrgeistlichkeit verurteilt die Tat auf das Schärfste, und das um so mehr, als der Verdacht der Täterschaft auf andere, Anschuldige, gelenkt worden ist.“

Weiter wird in der Erklärung gesagt, daß keiner der Werner Geistlichen von dem Plan unterrichtet gewesen sei und daß auch kein verantwortlicher Laienführer der Kolpingfamilie um die Sache gewußt habe. Zur Herstellung der Vertriebsstellen seien auch keine Apparate oder Einrichtungen der Werner Kolpingfamilie benutzt worden. Die in Frage kommenden Gesellen seien bereits von der Reichsführung der deutschen Kolpingfamilie in Köln ausgestoßen worden.

Eine italienische Fremdenlegion?

Verwendung in Ostafrika vorgesehen.

Rom, 8. August.

Wie verlautet, wird in Rom gegenwärtig die Bildung einer Art von Fremdenlegion für Ostafrika erwogen. Es häufen sich angeblich täglich die Freiwilligenmeldungen fremder Staatsangehöriger, wie Ungarn, Griechen, Engländer usw., die in einen abessinisch-italienischen Krieg auf italienischer Seite zu kämpfen wünschen.

Eine Eingliederung in die regulären Truppenteile scheint man nicht für zweckmäßig zu halten, sondern der Bildung eines nur aus Ausländern bestehenden Militärkorps den Vorschlag zu geben. Bis jetzt ist jedoch auf die zahlreichen Anfragen noch keine endgültige Antwort gegeben worden, ob eine Verwirklichung stattfinden kann. Es wird jedoch damit gerechnet, daß demnächst eine zustimmende Antwort die erwünschte Lösung bringen wird.

in einem vollständig ist bisher
der 75- August in idnliche werden
qust ein- Werner, Ilmeher, nen, Turnhalle abringen,
retender vortlicher 1935: 1195
euth
fest
mer-
ng
Angebote schäftstelle
August, Stelle
ngsparte,
inder
alben
Rüßern, jährige
er
kauf und
schäftlich.
rllich,
nig,
enberg 42